

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pfg., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pfg.

Fernsprecher Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro vierzeiliger Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Betrandender und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalbe mit Ranberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Losen, Mohorn, Mültitz-Rothsch, Ranzig, Reufkirchen, Reutanneberg, Niederwarda, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrschorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Samsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wilsberg.

Druck und Verlag von Arthur Bichanke, Wilsdruff für die Redaktion und den amtlichen Teil verantwortlich: Hugo Friedrich, für den Feiertagsteil: Arthur Bichanke, beide in Wilsdruff.

No. 28.

Dienstag, den 10. März 1908.

67. Jahrg.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 9. März.

Deutsches Reich.

Feststellung der Viehpreise nach Lebendgewicht.

Um die vielfach beklagten Missethate auf Viehmärkten zu beseitigen, haben die Abgeordneten Graf v. Schwerin-Böwig und Dr. Krosigk zur Beratung des Staats des Reichsamt des Innern mit Unterstützung der gesamten konservativen Fraktion eine Resolution eingebracht, worin der Herr Reichskanzler ersucht wird: noch in dieser Session ein Gesetz vorzulegen, durch welches für solche Märkte und marktähnliche Veranstaltungen, welche dem Handel mit Schlachtvieh in größerem Umfang dienen, Anordnungen zu treffen sind, welche eine zuverlässige Feststellung der Viehpreise nach Lebendgewicht gewährleisten.

Es war einmal.

Am 6. November 818 führte in der bayerischen Ministerkonferenz Herr v. Bergfeld unter dem Beifall aller aus: „... daß derselbe unter keinen Umständen die Mittel an die Papen gegeben werden dürfen, den künftigen Klerus nach römisch-katholischen Grundsätzen zu bilden.“ Wie sehr durch der ganze Klerus unter die Gewalt der römischen Kurie kommen müßte, welchen Gefahren ein jeder Geistlicher, der nicht durchaus in dem Sinne und Geiste der römischen Kurie handle und lehre, ausgesetzt sei, und welche Richtung in zwanzig bis dreißig Jahren der ganze Klerus der Wilsdruff der geistlichen Behörden überleitet, nehme man, sieht die Geistlichkeit in Bayern wie der Staatsminister und jeder denkende Staatsbürger.“ (Sicherer, Staat und Kirche in Bayern). — Heute, im neuen Deutschen Reich wird ein Professor, der im Sinne eines wirklichen Staatsministers gegen den römischen Prälatenübermut protestiert, wie ein Verbrecher verfolgt, und der Kultusminister des Mittelbavariens, der ihn schützen sollte, kennt, daß über die Qualität eines katholischen Gelehrten an einer bayerischen Universität nur die römische Kurie zu entscheiden habe. Dieser Wandel der Zeiten spricht Bände.

Ueber eine neue Grenzverletzung.

Die von russischen Grenzboten verübt worden ist, wird der „Schles. Zig“ gemeldet: Bei Eichenau wurde eine Schmugglerbande von russischen Grenzboten verfolgt. Die Schmuggler flohen über die Grenze auf preussisches Gebiet, wobei ihnen von russischen Soldaten 30 bis 40 Schiffe auf preussisches Gebiet nachgeschickt wurden. Die Spuren sind an demselben Eichenau stehenden Wasserturm der Hohenlohe-Werk sichtbar, in den die Geschosse einschlugen. Von der preussischen Grenzbehörde ist Untersuchung der Grenzverletzung bei der russischen Grenzbehörde beantragt worden.

Ein deutsches Opf der polnisch-russischen Revolutionäre.

Vor kurzem verschied nach schwerem Leiden im Sanatorium zu Groß-Lichterfeld bei Berlin der Direktor der Dresdner Spigenmanufaktur zu Warschau, Ludwig Körber, als ein Opfer der nach sozialdemokratischer Auffassung so „großen“ russischen Revolutionsbewegung. Herr Körber, ein gebürtiger Oesterreicher, war viele Jahre in Moskau tätig und bekleidete seit dem Jahre 1898 den verantwortungsvollen Posten eines Direktors der genannten deutschen Gesellschaft in Warschau. In den Schrecken Jahren 1903 bis 1906 gestaltete sich seine Stellung dort zu einer höchst gefährlichen, wiederholt mußte er, in dem „Bogtl. Anz.“ aus Warschau jetzt geschrieben wird, allein der entsetzten Wut reißender, revolutionärer Arbeiter dieser Fabrik, 600 an der Zahl, Widerstand bieten. In beispielloser Unerbittlichkeit sah man sich solchen Anlässen den pflichttreuen tapferen Mann in Fabrikhofe mitten unter der tobenden Menge stehen, das ihm anvertraute Gut mit seinem Leibe schützend. Darin betreten ihn nicht die täglichen Todesurteile, nicht die Streikenden zuschickten, nicht mehrfach Revolverüberfälle, nicht das erste auf ihn verübte Verbrechen im März 1905, über welches seiner Zeit die Zeitungen berichteten. „Kinder, laßt doch das unnütze Sehen sein, oder wollt ihr mein Leben, was habt ihr davon?“ so hatte der pflichtgetreue Mann gefragt, als aus er Mitte einer wütenden Rote

ein „Freiheitskämpfer“, d. h. ein grüner, frecher Bengel von etwa 18 Jahren, auf ihn schoß. Im folgenden Jahre, wo die Wirren in ganz Rußland, namentlich in Rußisch-Polen, den Höhepunkt erreichten, kam auch für Direktor Körber das Verhängnis. Auf Wunsch der General-Direktion in Dresden wurde infolge gesteigerter Forderungen der Arbeiter im Juli 1906 eine Abteilung der Warschauer Fabrik geschlossen. Direktor Körber daraufhin von den Arbeitern gefährlich bedroht, wurde am 28. Juli jenes Jahres in der Nähe der Fabrik von mehreren Individuen überfallen, aus seinem Wagen gezerrt, geschlagen, am Kopfe verletzt und in die rechte Seite geschossen. Die Familie fürchtete mit dem Schwerverletzten, doch scheiterten alle Versuche, seine Gesundheit wiederherzustellen; die Kraft des bis dahin so gesunden, energischen Mannes war gebrochen. Er verschied im 60. Lebensjahre, im Bewußtsein, seine Pflicht wie selten einer erfüllt zu haben. Ehre dem Andenken dieses tapferen Mannes!

Die Sozialdemokratie als Beschützerin der Armen.

Mit welchem Verständnis die Vertreter der Sozialdemokratie unserer sozialen Gesetzgebung gegenüberstehen, zeigte sich bei der Beratung des Gesetzes über die Berufsvermittlung, welche den in Gotha tagenden gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer Coburg und Gotha beschäftigte. Da man stichhaltige Gründe gegen das Gesetz nicht vorbringen konnte, behauptete der Abg. „Genosse“ Bod, das Gesetz könne leicht schädlich wirken, wenn man in der Wahl des betreffenden Beamten nicht vorsichtig genug sei, and wäre er nicht für die Schaffung einer neuen Beamtenkategorie. Als Hauptgrund gegen das Gesetz führte er an, die Sozialdemokraten seien gegen die Berufsvermittlung, weil diese nur für die Armen und nicht auch für die Arbeiter der Reichs geschaffen würde. Mit Recht hielt Staatsminister Richter ihm entgegen, daß er nicht darauf gefaßt gewesen sei, bei den Sozialdemokraten auf Widerstand zu stoßen, denn es solle doch mit der Schaffung der Berufsvermittlung den Armen unseres Volkes, vor allem den unehelichen Müttern und Kindern, geholfen werden. Doch warf sich Abg. Donner als Sozialdemokrat sogar zum Beschützer der bestehenden Klassen auf und behauptete, durch die Einführung der Berufsvermittlung würde die Allgemeinheit zu sehr belästigt. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen der sechs Sozialdemokraten angenommen.

Sozialdemokratische Dichtkunst.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte jetzt ein Gedicht, das sich auf die Reichstagsdebatte über die Wahl des Abg. Rang bezieht. Die vierte Strophe dieses Poems lautet:

„Als ries' im wilden Grimme
Fürchterlich mit Stentorstimme
Müller-Meinungen!
Das Verdikt entfloß dem Munde
Wenn, so frag man in der Runde,
Wird's was einbringen?“

Jetzt weicht, jetzt flieht mit Jähren und Zähnegeklapp!
Wenn die Genossen solche Mittel benutzen, um die Bourgeoisie zu vernichten, dann kann allerdings der Zukunftstaat bald etabliert werden.

Katholische Schulbänke.

Ein heftiges Gegenstück zu den „katholischen Demden“, die in der Pfalz veräußert sind, bilden die katholischen Schulbänke, die vor einigen Jahren der Schulvorstand eines frommen katholischen Dorfes in Oberschwaben sich liefern ließ. Als die neue Schule des Dorfes fertig war, so berichtet die „Frl. Zig.“, bewarb sich der Direktor einer größeren Schulbankfabrik Süddeutschlands um die Befreiung der Bänke. Er schickte seine Offerte und begab sich dann selbst hinaus, um mit den Gemeindevätern zu verhandeln. Die aber sagten ihm treuherrlich: „So, willst Se, Ihre Schulbank wäre ja ganz reacht, aber mer heut'schloße, se desmal vom K. in P. nehme. De send woll ebdes teurer, aber der K. ischt halt katholisch.“ Darauf der Fabrikant: „So, so, vom K. heut'se. Die send an reacht. Dr. K. hot an guete Bänke.“ Die guten Seelen waren nun um so mehr beruhigt, als sie jetzt auch von dem lutherischen Fabrikanten das Lob ihrer katholischen Schulbänke vernommen hatten, und ganz gerührt, daß er sich so gerührt konfuzionsneidig gezeigt

hatte, verabschiedeten sie sich von ihm. Der aber zog lachend heim; denn der K. in P., der nur einen Betrieb von Schulartikeln hatte, bezog seine „katholischen“ Schulbänke — aus der lutherischen Fabrik.

Sie machen in allem.

In einer bayerischen Stadt hat ein Warenhausbesitzer in seinem Geschäftslokale eine Rechtsauskunftsstelle eingerichtet, die jeder Käufer kostenlos in Anspruch nehmen kann. Dazu bemerkt die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ witzig:

„Mehr Kulanz kann man nicht verlangen, namentlich wenn diese Rechtsauskunftsstelle auch gleich die Vertretung der Warenhauskunden bei Differenzen übernimmt, die sie wegen der Qualität der Waren des Kaufhauses mit diesem haben.“

Ausland.

Englands verschwindende Küste.

Aus London wird berichtet: Der Besitzer von Highcliffe Castle, Oberst Stuart-Wortley, hat der britischen Kommission für Küstenerosion eine eingehende Mitteilung zugehen lassen über die fortschreitende Zerstörung des Küstengebietes in der Nähe des alten Schlosses, das im Herbst dem Kaiser als Erholungsstätte gedient hat. Unaufhaltsam schreitet das Meer vorwärts, nach und nach verschwinden die Klippen, Gebiete, die ehemals gangbar und in vergangenen Jahrhunderten sogar bebaut waren, werden von den Wellen erfasst und vom Meere erobert. Nach den Ausführungen des Obersten ist es weniger die See, die den Küstenschwand hervorruft, als die Quellen auf dem Lande und die Strömung des Abflusses. Lady Waterford und Oberst Stuart-Wortley haben bereits große Summen, gegen 1200000 Mark, aufgewandt, um durch Drainierungen die Küstenterrassen zu erhalten. Der Oberst berichtet von einem seiner Vorfahren, Lord Bute, einem Minister zur Zeit Georgs III., dessen Haus auf einer Stelle stand, die heute zwei englische Meilen weit in der See liegt. Damals schritt das natürliche Zerstörungswerk sehr schnell vorwärts, die bestürzten Einwohner wagten es nicht, dem Minister die Wahrheit zu sagen und taten alles, um die Anzeigen zu verdecken. Der schmale Führling, der am Fuße der Klippen hinlief, verschwand und um Lord Bute das Geschehnis zu verheimlichen, stellte man häufig einen künstlichen Pfad her, damit der Minister beim Spazieren gang nichts bemerke von den Eroberungen des Meeres.

Verhaftung eines angeblichen deutschen Spion in Amerika.

Am Donnerstag abend verhafteten die Behörden des Staates New-York einen Deutschen namens Wilhelm Esser aus Köln, der beschuldigt wird, Teilnehmer an einem Spionagekomplott zu sein. Der Zweck dieser Verhaftung soll angeblich der sein, die Konstruktionsgeheimnisse der neuen, von der Firma Blyth and Company für die Martue der Vereinigten Staaten ausgeführten Torpedos auszukundschaften und an fremde Regierungen zu verkaufen. Esser, der früher in den Werkstätten der Firma Blyth angestellt war, wurde gestern in den Räumen betreten und festgenommen. Es wird ihm vorgeworfen, daß er sich zu dem Zwecke aufgehalten habe, geheimehaltene Zeichnungen zu studieren. Er wurde gestern zur ersten Vernehmung dem Richter vorgeführt. Der Geheimdienst der Bundesregierung „soll“ starkes Ueberwachungsmaterial gegen Esser besitzen; die Beamten „hoffen“, ihn heute noch zur Ablegung eines Geständnisses zu dringen und von ihm Mitteilungen über die Einzelheiten des Planes wie die Persönlichkeiten seiner Mitverschworenen zu erhalten. Man „will“ sogar bereits festgestellt haben, daß Esser mit Agenten der deutschen Marineverwaltung in Unterhandlungen getreten und auch an andere Regierungen mit Angeboten herantreten ist. Bieweit diese Angaben begründet sind, läßt sich noch nicht feststellen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Bezirk für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 9. März.

— Am 6. d. Mts. hat eine abermalige Auslosung Königlich Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 3% Staatsschuldens-Ressenscheine vom